

INHALT

Rente mit 67 - der falsche Schritt 2

Existieren wir nur oder gestalten wir schon? 3

Ramelow: Energieversorgung in kommunaler Hand ist richtig 3

Aus dem Kreisvorstand 4

Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Zella-Mehlis



Der Stadtvorstand von Zella-Mehlis lädt zur nächsten Mitgliederversammlung am 27. November um 18 Uhr in das Hotel "Stadt Wien" ein. Die Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld wird eine Auswertung des Landesparteitages in Wurzbach geben, wie die Stadtvorsitzende Elke Pudszuhn mitteilt. Ausserdem stehen aktuelle Themen aus der Ruppbergstadt auf der Tagesordnung. Herzlich eingeladen sind neben den Genossinnen und Genossen aus Zella-Mehlis und Benshausen natürlich auch alle Sympathisanten.

Geheimdienste gehören abgeschafft



Sicherheitsbehörden, vor allem durch die Geheimdienste kann leider nicht die Rede sein, so Korschewsky. Akten wurden vernichtet oder den Untersuchungsausschüssen vorenthalten. Debatten über den Schutz von sogenannten V-Männern scheinen die tatsächlichen Fragen zu überdecken. Deutschland kämpft mit einem seiner größten Sicherheitsskandale und tut sich bei der Aufklärung außerordentlich schwer. Gleichzeitig verspüren wir auch in Thüringen, dass die rechte Szene immer gewaltbereiter vorgeht. Es ist ein Gebot der Stunde und eine Frage der historischen Verantwortung, so Knut Korschewsky, dass die Vorgänge um den NSU und das Versagen der Sicherheitsbehörden schnell und vorbehaltlos aufgeklärt werden. Dazu müssen Bund und Länder deutliche Zeichen setzen. Konsequente Schritte zur Zerschlagung neofaschistischer Strukturen und zur Zurückdrängung von faschistischem und rassistischem Gedankengut müssen vorgenommen werden. Dazu sind wirkliche Programme gegen Rechtsextremismus zu entwickeln. Geheimdienste sind kein Mittel um Rechtsextremismus zurückzudrängen, deshalb gehören sie abgeschafft, so Korschewsky abschließend.

Im November des letzten Jahres wurde die Mordserie der rechtsextremen Terrorzelle "Nationalsozialistischer Untergrund" bekannt und erschütterte das Land. Ein Jahrzehnt konnten die Rechtsextremisten unbehelligt, als Terrorbande im Untergrund leben, Banküberfälle begehen, Bomben zünden und in der ganzen Bundesrepublik Menschen ermorden. Ein Jahr der Aufklärung brachte nur erste Details darüber ans Licht, wie die Sicherheitsbehörden auf der ganzen Linie versagt haben und offenbar selbst in die Geschehnisse rund um den NSU verstrickt sind. Von einer konsequenten und vorbehaltlosen Aufklärung durch die

www.die-linke-thueringen.de

Rente mit 67 für Gewerkschaft und Linke der falsche Schritt

Am Mittwoch, dem 10. Oktober hatte der DGB zu einer Informationsveranstaltung unter dem Titel „Rente mit 67 – Anspruch und Realität“ zu diesem aktuellen Thema nach Meiningen ins Schlundhaus eingeladen. Als Mitglied des Kreisvorstandes der Linken und beauftragt mich in Zukunft für die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und den Betriebsräten einzubringen, nahm ich selbstverständlich teil und beteiligte mich an der Diskussion.

Nach dem Heike Prellwitz von der Rentenversicherung die verschiedenen Rentenformen erklärt hatte und dabei auch die Zeitfenster und Abzüge der Rente mit 67 nicht ausließ, war Gesprächsstoff für das Podium und die etwa 30 Gäste gegeben.

Im Diskussionspodium saßen Renate Licht, Landesvorsitzende Thüringen des DGB, Iris Gleicke, Bundestagsabgeordnete der SPD und unser Landtagsabgeordneter Matthias Bärwolf. Als Moderator fungierte Markus Ermert, ein Journalist des „Freien Wortes“.

Ein Vertreter der Grünen sagte krankheitsbedingt kurzfristig ab, CDU und FDP hielten es nicht für nötig auf die Gewerkschaftseinladung zu reagieren.

Renate Licht und Matthias Bärwolf waren sich in ihren Statements einig, dass die Rente mit 67 eine Rentenkürzung ist, da für Ältere nach wie vor im sozialpflichtigen Erwerbsleben weder die Arbeitsplätze, noch Arbeitsbedingungen für Ältere vorhanden sind.

Matthias Bärwolf vertrat unsere Partei hervorragend mit unseren Forderungen

die Rentenversicherung zu stärken, in dem Einnahmepotential der gesetzlichen Rentenversicherung gestärkt wird.

Festsetzung einer Mindestrente und einer Höchstrente, Wegfall der Bemessungsgrenzen und nicht zuletzt die Einbeziehung von Beamten, Selbstständigen, Politikern, Minijobber als Einzahler in die Rentenversicherung würden die Rentenversicherung so stärken, dass die Rente mit 67 trotz der demografischen Entwicklung nicht notwendig wird. Nicht zuletzt sollten auch die Einkünfte aus Kapitalvermögen und Mieten zur Debatte stehen.



Frau Gleicke, die der Rente mit 67 als Abgeordnete zugestimmt hatte, musste zugeben, dass die Realität des Arbeitsleben unterschätzt wurde und Korrekturen notwendig sind, ging aber nicht so weit, die Rente mit 67 abzulehnen. So sei die Verdrängung sozialpflichtiger Arbeit durch Minijobs durch die Politik und die Entwicklung der

tariflichen Bindungen und damit die Entwicklung von Gehältern und Löhnen als Voraussetzung für gute Renten

so nicht erwartet worden. Eigentlich reichlich blauäugig für Politiker im real existierenden Monopolkapitalismus.

Sie war auch für den Wegfall der Bemessungsgrenzen, allerdings ohne festgelegte Höchstrente. Einig waren sich alle drei Diskutanten auch darin, dass die geplante Kürzung des Rentenbeitrages von 19,6 auf 19,0 %, ein falscher Schritt ist und das die private

Vorsorge a la Riester und andere in die gesetzliche Rentenversicherung gehört und nicht zu den Privatversicherungen.

Ich brachte dann Hartz IV als Ursache für die Billiglohnpolitik in die Debatte, da die Pauschalierung der Leistung ohne Berücksichtigung der Lebensarbeitsleistung, den Druck verursacht, der die Menschen dazu bringt zu niedrigsten Löhnen Arbeit anzunehmen.

Ebenso verwies ich auf den Zusammenhang zwischen der Unsicherheit der Arbeitsplätze, der Billiglöhne bei ständig steigenden Lebenskosten und dem Kinderwunsch.

Auch verwies ich darauf, dass der Staat mit dem Hartz IV Zuschuß bei Billiglöhnen, die Billigzahler subventioniert.

Schade eigentlich, dass so wenig Parteimitglieder die Gelegenheit zur Diskussion und Information in Meiningen genutzt haben.

Volker Matthes

Manfred Hellmann übergibt Spende an Frauenhaus

Das Meininger Frauenhaus wird betrieben von dem Verein Frauen-helfen-Frauen e.V. Dass auch Männer den Frauen helfen können betonte Manfred Hellmann (MdL) bei seinem Besuch der Einrichtung. Immerhin brachte er eine Spende von 400 Euro mit. Diese Mittel stammen aus dem Verein Alternative 54 in welchen die Landtagsabgeordneten der Linken seit Jahren alle Erhöhungen ihrer Bezüge einzahlen. So konnte sich die Leiterin der Einrichtung Heike Born über die Hilfe freuen. Mit dem Geld soll ein neues Bett gekauft werden. Der Verein Frauen-helfen Frauen hat ca. 60 Mitglieder und betreibt neben dem Frauenhaus in der Meininger Innenstadt noch eine Beratungsstelle.



Die Lüge ist wie ein Schneeball: Je länger man sie fortwälzt, je größer wird sie.

Martin Luther

Existieren wir nur oder gestalten wir schon?

An Tagen wie diesen, an denen keine Wahlen unmittelbar bevorstehen, keine wichtigen parteiinternen Querelen die linken Gemüter erschüttern (Stoßgebet: möge es noch eine Weile so bleiben!) und auch keine weiteren aktuellen Krisen - Erscheinungen das Ende des Kapitalismus ein wenig deutlicher werden lassen, fragt man sich: „Worüber schreiben?“.

Da kommt der Gedanke: „Ich schreibe was über unseren Alltag!“ Sofort fällt mir ein, dass dieser Alltag wohl wenig heroisch ist. Bei etwa 3/4 Rentnern in den Reihen der LINKEN im Kreis Schmalkalden- Meiningen wird sicherlich zwischen 8.00 Uhr und 9.00 Uhr gefrühstückt. Bis 10.00 Uhr wird die Zeitung gelesen, es sei denn, dass morgens schon ein Besuch beim Hausarzt oder ein Termin beim Facharzt mit folgendem Apotheken- Besuch ansteht. Im Anschluss wird eingekauft und schon ist die Zeit zum Mittagessen gekommen. Danach könnte ein Nickerchen anliegen und dann kommt nach dem Kaffee die Zeit zum Besuch auf dem Friedhof, im Pflegeheim oder ein wenig Zupfen und Scharren im Garten oder an Haus und Hof. Spaziergang mit dem Hund oder für die besonders glücklichen Omas und Opas: Betreuung des Enkels könnte auch noch auf der Agenda stehen.

Schon ist Abendbrotzeit und danach beginnt der Fernsehabend, der je nach Sendung: („Gysi ist bei Markus Lanz!“) spätestens gegen 0.00 Uhr endet.

Tja, so könnte ein typischer Tag eines LINKEN aussehen. Da ist eigentlich gar keine Zeit für „revolutionäre“ Aktionen

und deshalb sind Revolutionäre mit Rollator auch so selten, ich kenne eigentlich gar keinen.

Was also tun? Ich meine, auch Rentner sollten sich einbringen und einmischen in die Gesellschaft. Und da fallen mir sofort zwei Ereignisse der letzten Woche ein.



1. am 28.10.2012 wurde in Viernau der Solarpark „Am Breiteberg“ mit einer kleinen Feier eröffnet.

Das Besondere an dieser Anlage, die immerhin etwa 200 Haushalte mit Strom versorgen kann besteht darin, dass sie als Genossenschaft mit 65 Genossen organisiert ist. Sie wird ehrenamtlich geleitet und alle haben die gleichen weit reichenden Rechte. Die Rendite auf das eingezahlte Kapital legen die Genossen selbst fest, sie liegt aber nach ersten Planungen über dem gegenwärtig

üblichen. Das revolutionäre liegt darin, dass die Stromversorgung dezentralisiert und damit den großen Monopolen entrissen wird, es wird „grüner“ Strom erzeugt, fast ganz ohne schädliche Emissionen. Gleichzeitig entsteht ein äußerst bürgernahes Gemeinschaftswerk, das die Region stärkt. Natürlich muss die Energiewende weiter gehen. Deshalb denken Vorstand und Aufsichtsrat über weitere Projekte in den nächsten Jahren nach. Da solltet Ihr, liebe LINKE dabei sein. So kann auch der Rentner oder die Rentnerin weiter mit der Ökonomie aktiv verbunden bleiben.

2. am 31.10.2012 fand ein Sternlauf statt aus verschiedenen Orten zur „Paul-Schlösser- Hütte“ an den Neuhöfer Wiesen bei Rotterode. Das war eine Protestveranstaltung gegen das geplante Oberbecken des Pumpspeicherwerkes am Rennsteig. Über 100 Menschen haben an dieser Veranstaltung teilgenommen und ein Protestschreiben unterzeichnet, darunter auch einige Senioren, die trotz bescheidener „Straßen“- Verhältnisse zum Rennsteig gewandert sind. Da auch unser linker Stadtrat Thoralf Nothnagel aus Steinbach-Hallenberg mit seiner Gitarre dabei war, wurde es auf der Hütte bei gemeinsamem Gesang ein bleibendes Erlebnis. Das Herz wurde endlich wieder einmal weit!

Leider habe ich Euch, liebe LINKE nicht gesehen. Wo wollt Ihr sonst sein, wenn nicht da, wo junge Menschen engagiert gegen Umwelterstörung protestieren? Nachdenklich grüßt Euch
Euer Herbert Schoenenburg

Ramelow: Energieversorgung in kommunaler Hand ist richtig, sinnvoll und nachhaltig

Durch den Ankauf der restlichen Eon-Anteile durch die Kommunen würde das größte Gemeindewerk der Bundesrepublik entstehen. Dies sei "richtig, sinnvoll und nachhaltig", lobt Ramelow. "Die Wertschöpfungskette wird in Zukunft ein wichtiger Maßstab sein, wonach Initiativen in diesem Bereich bewertet werden. Wir müssen die Wertschöpfung künftig so organisieren, dass Thüringen nicht länger darauf angewiesen ist, Energie von anderen Ländern einzuführen. Bisher wird rund 80 Prozent des in Thüringen verbrauchten Energiebedarfs außerhalb Thüringens

produziert. Hier muss mit regionaler Energieproduktion die Thüringer Wertschöpfungskette deutlich erhöht werden. Energie sollte dort produziert und verteilt werden, wo man sie auch verbraucht", so Ramelow.

Der LINKE-Fraktionsvorsitzende schlägt vor, Prozess begleitend eine Stiftung für Nachhaltigkeit - wie ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern - auf den Weg zu bringen. So könnten über Energie-Coaching und Beratungsangebote die Kommunen für die dezentrale und bürgernahe Energiewende fit gemacht

werden. "Gemeinsames Handeln wird dieses Beispiel gebende Projekt zum Erfolg führen. Jetzt kommt es darauf an, dass alle Entscheidungsträger an einem Strang ziehen - von der Landesregierung, über die Mandatsträger auf der Landesebene und in den Kommunen bis hin zu den Beschäftigten im Energiesektor", so Ramelow. Er ermuntert ausdrücklich die Bürgermeister und Gemeindevertreter bei der Bildung des Zweckverbandes mitzuwirken, damit die beabsichtigte Rekommunalisierung der Thüringer Energiewirtschaft abgesichert wird. (pm)

Im November haben Geburtstag:

10. 92. GT Christoph Linde, Schmalkalden
 11. 85. GT Erich Unversucht, Floh-Seligenthal
 12. 93. GT Heinz Herrmann, Schmalkalden
 13. 83. GT Robert Endter, Schmalkalden

14. 89. GT Helmut Behnisch, Schmalkalden
 20. 85. GT Alfred Frank, Floh-Seligenthal
 22. 81. GT Lieselotte Künzel, Schmalkalden
 22. 82. GT Gisela Latzko, Schmalkalden
 26. 86. GT Vera Kresse, Meiningen

Kontostand Spendenkonto:

Anfangsbestand	201,27 €
Spenden	+ 360,00 €
Bankgebühren	- 1,50 €

Saldo	559,77 €

Linksjugend [solid] und DGB-Jugend starten gemeinsame Kampagne „Extrem viel dahinter“ gegen den Extremismusbegriff



Die politischen Jugendorganisationen Linksjugend [solid] Thüringen und DGB-Jugend Thüringen gehen in ganz Thüringen mit einer extrem inhaltlichen Kampagne in die Offensive. Indem sie sich dem Thema widmen, wollen sie den Begriff des „Extremismus“ als das entlarven, was er ist: Eine aufgeblasene Hülle, die nur der Diffamierung von politischer Kritik dient. Auch über Fakten der Verfassungsschutzarbeit und Kristina Schröders Bestrebungen den Begriff des „Linksextremismus“ als Gefährdung für die Gesellschaft zu etablieren.

Diese hatte bereits mit ihren Bestrebungen um eine Extremismusklausel für Furore gesorgt. Wichtige Vertreter_innen der beiden Jugendverbände reagierten extrem gereizt: „Diesen Unsinn und Angriff auf eine freie politische und antifaschistische Jugendarbeit werden wir nicht länger hinnehmen!“, prophezeit René Kotzaneck vom LandessprecherInnenRat der

Linksjugend.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen organisiert bereits Vorträge und Veranstaltungen in ganz Thüringen für den Zeitraum vom 16. bis 29. Oktober und die Jugendverbände rufen zur Beteiligung auf. Zeitgleich veröffentlichen die Verbände die Broschüre „Extrem viel dahinter – Reader zur Kritik an der Extremismusklausel“, in der sie in Zusammenarbeit mit verschiedenen Autor_innen Hintergründe und Informationen zur Kritik am Extremismusbegriff bereitstellen. Eric Friedrich vom LandessprecherInnenRat der Linksjugend fasst zusammen: „Wir werden mit unserer Aufklärungsoffensive plötzlich und an mehreren Orten in ganz Thüringen zeitgleich an die Öffentlichkeit treten und dem Quatsch der „Extremismustheorie“ den Boden unter den Füßen entreißen – und zeigen, dass an der Debatte um den Extremismusbegriff extrem viel dahinter steht.“

Mehr Informationen unter:
www.extremvielhinter.blogspot.de

Impressum:

DIE LINKE Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
 von Ronald Hande (V.i.S.d.P.)

Tel. (03683) 466333
webmaster@die-linke-sm.de
www.die-linke-sm.de

Spendenkonto:

Nr. 1706060366
 BLZ: 84050000

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge oder Pressemitteilungen (pm) trägt der Verfasser die alleinige Verantwortung.

Öffnungszeiten der
 Kreisgeschäftsstelle:

Di. und Do.
 14.00 - 16.30 Uhr
 (und nach Vereinbarung)

Sofern Geschäftsstelle nicht besetzt ist, bitte im Abgeordnetenbüro von Manfred Hellmann (MdL) klingeln (direkt darüber).

Jens Petermann (MdB)
 Nonnenplan 7
 98617 Meiningen
 Tel.: (03693) 880179

Manfred Hellmann (MdL)
 Hoffnung 11
 98574 Schmalkalden
 Tel.: (03683) 466333

DIE LINKE im Internet:
www.die-linke-sm.de

DIE LINKE.
 Kreisverband
 Schmalkalden-Meiningen

Aus dem Kreisvorstand

In seiner nächsten Sitzung am 8. November um 17 Uhr im Wahlkreisbüro von Manfred Hellmann befasst sich der Kreisvorstand mit den Aufgaben und Vorhaben für das kommende Jahr. Neben den traditionellen Höhepunkten wie dem 1. Mai in Meiningen und dem Sommerfest im September sind weitere Veranstaltungen geplant, die unsere Ziele und unser Wirken mehr in den öffentlichen Fokus rücken sollen. Bereits geplante Vorhaben der Orts- und Stadtverbände sollen bitte zur besseren Abstimmung an den Kreisvorstand gemeldet werden. Anknüpfend an die guten Erfahrungen aus der Vergangenheit wird der Kreisvorstand pro Quartal zu einer Kreisklausur einladen.

Diese soll eine gemeinsame Plattform zum Zweck des Informationsaustauschs und der Koordination für Kreisvorstand, Kreistagsfraktion und die BO-Vorsitzenden sein. Ein Dauerthema wird natürlich der Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr sein. Auch hierzu sind Ideen und Wünsche der Basisgruppen gefragt - wann, wo und wie unser Bundestagsabgeordneter Jens Petermann vor Ort vertreten sein soll. Auch die Frage des Internetauftritts unserer Kreispartei wirft noch Probleme auf, nach deren Lösung gesucht wird. Hier stellt sich noch immer die Frage: Wer macht es? Vorschläge und freiwillige Meldungen diesbezüglich sind herzlich willkommen!